

Pressemitteilung

Landesseniorenvertretung Sachsen nimmt Stellung zum Vorschlag eines Pflichtdienstes für Seniorinnen und Senioren

Dresden, September 2025

Die Landesseniorenvertretung Sachsen bezieht Stellung zur aktuellen Diskussion um die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres für Rentnerinnen und Rentner, wie es vom Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, vorgeschlagen wurde.

Wir begrüßen ausdrücklich eine offene Debatte über gesellschaftlichen Zusammenhalt und generationengerechte Lösungen. **Ein verpflichtendes soziales Jahr für Seniorinnen und Senioren lehnen wir jedoch entschieden ab. Engagement muss freiwillig bleiben und darf nicht durch Zwang ersetzt werden.**

Seniorinnen und Senioren tragen bereits heute wesentlich zur Gesellschaft bei

„Seniorinnen und Senioren haben in ihrem Leben bereits einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung und Stabilität unserer Gesellschaft geleistet – durch jahrzehntelange Arbeit, Familienverantwortung und vielfältiges ehrenamtliches Engagement. Statt neue Verpflichtungen zu fordern, sollte der Fokus darauf liegen, diese Leistungen anzuerkennen und die bestehenden Strukturen freiwilligen Engagements gezielt zu fördern.“ betont die Landesseniorenvertretung für Sachsen.

Ehrenamtliches Engagement anerkennen und stärken

Rund 30 Prozent der Seniorinnen und Senioren in Sachsen engagieren sich regelmäßig ehrenamtlich – sei es in sozialen Projekten, Kommunalparlamenten, Vereinen, Kirchengemeinden oder der Nachbarschaftshilfe. Dabei tragen viele die entstehenden Kosten für ihr Engagement selbst. Dieses freiwillige Engagement ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und verdient höchste Anerkennung und Unterstützung.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt statt weitere Spaltung

Die Landesseniorenvertretung Sachsen warnt davor, die Diskussion um ein Pflichtjahr für Rentnerinnen und Rentner als Mittel zur Entlastung jüngerer Generationen zu instrumentalisieren. Wir erkennen an, dass die Herausforderungen der Zukunft generationenübergreifend gelöst werden müssen. Doch ein verpflichtendes soziales Jahr für Seniorinnen und Senioren ist **nicht der richtige Weg**.

Wir fordern daher:

Respekt vor Lebensleistungen:

Seniorinnen und Senioren dürfen nicht als Ressource gesehen werden, die „verplant“

werden kann. Ihre bisherigen Beiträge – durch Berufstätigkeit, familiäre Unterstützung und ehrenamtliches Engagement – müssen stärker gewürdigt werden.

Stärkung des Ehrenamts:

Freiwilliges Engagement braucht Anerkennung, Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen. Dazu gehören zum Beispiel die Förderung von Ehrenamtsprogrammen, eine bessere finanzielle Ausstattung gemeinnütziger Initiativen, die Abgeltung finanzieller Aufwendungen wie beispielsweise Fahrtkosten und die Entlastung von bürokratischen Hürden.

Klare Analyse vor neuen Forderungen:

Bevor über Pflichtdienste diskutiert wird, muss eine sachliche Bestandsaufnahme erfolgen, wie stark Seniorinnen und Senioren bereits heute die Gesellschaft tragen. Die Realität zeigt, dass ihre Leistungen häufig unterschätzt und wenig geachtet werden.

Kein Keil zwischen den Generationen:

Die Diskussion um ein Pflichtjahr darf nicht zu einer weiteren Spaltung führen. Jung und Alt müssen gemeinsam Lösungen finden, um die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft solidarisch zu bewältigen

Die Landesseniorenvertretung Sachsen appelliert an die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Seniorinnen und Senioren zu verbessern und das freiwillige Engagement gezielt zu fördern und zu stärken, anstatt verpflichtende Dienste einzuführen.

Kontakt

Landesseniorenvertretung Sachsen
Sandra Hähnel
Geschäftsstellenleiterin
Adresse: Könneritzstr. 7, 01067 Dresden
Telefon: 0351-48998438
E-Mail: geschaeftsstelle@lsvfsachsen.de
Web: www.lsvfsachsen.de